

Immigration: Politisches und wirtschaftliches Problemfeld

12.09.2015 | [John Browne](#)

Donald Trump ist es gelungen, das Thema Immigration ins Zentrum des US-Wahlkampfes zu rücken. Während die Angelegenheit in den USA im Großen und Ganzen ein noch bloßer Diskussionspunkt ist, wird sie für die Europäische Union rasch zu einer drängenden Überlebensfrage.

Die EU steckt inmitten der größten Migrations- und Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

BBC berichtet: "Nach UN-Angaben riskierten dieses Jahr schon mehr als 300.000 Migranten ihr Leben, um über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2014 waren es 219.000 Menschen." (28.08.15).

Unter Berücksichtigung der Flüchtlinge setzte die Nachrichtenagentur AFP die Zahl noch höher an: "Im Zeitraum von Januar bis Juli 2015 haben fast 340.000 Flüchtlinge und Migranten illegal die Grenzen nach Europa überquert, so die EU-Grenzagentur Frontex. Im Jahr 2014 waren es, im Vergleich, noch insgesamt 280.000." (31.08.15). Es ist also von einem drastischen Anstieg für das Gesamtjahr 2015 auszugehen.

Der starke Anstieg der Immigration in Europa hat seine Wurzeln in den allgemeinen Auflösungsprozessen im Nahen Osten und Nordafrika, welche mit fehlergeleiteter westlicher Interventions- und Außenpolitik in Verbindung stehen. Das Leiden der lokalen Zivilbevölkerung ist, angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten und des Aufstiegs von ISIS, entsetzlich.

Angesichts der Zerstörung politischer wie gesellschaftlicher Institutionen in gescheiterten Staaten wie Syrien, Irak, Afghanistan, Somalia und Libyen werden die Ausreisenden wohl nicht die Möglichkeit einer Rückkehr in Betracht ziehen. Anders als in den vergangenen Jahren werden sich diese Menschen nicht in Flüchtlingslagern aufhalten lassen, um die weiteren Entwicklungen in ihren Heimatländern abzuwarten.

Sie haben die Entscheidung getroffen, den ganzen Weg nach Europa zu bestreiten, und auf diesem Weg sind sie Willens alles zu riskieren.

Die einströmenden Immigranten (Flüchtlinge wie Migranten) betreten die EU in der Regel über die südlichen Peripherieländer wie z.B. Griechenland, Italien und Spanien aber auch über die neuen EU-Mitgliedstaaten des Ostens wie z.B. Ungarn. Für Immigranten sind diese EU-Staaten relativ nah und haben durchlässige Grenzen. Darüber hinaus dulden die Länder am Rand der EU laxer Grenzkontrollen, weil sie sehen, dass die ankommenden Immigranten nicht den Wunsch haben, sich in ihren Ländern niederzulassen.

Die Immigranten haben vielmehr die Absicht, im Rahmen des EU-Schengen-Abkommens, schnell in die reicheren Länder des Nordens - wie Deutschland und Großbritannien - zu kommen, welche freigiebigere Sozialleistungen für neu ankommende Immigranten bieten.

Es sei angemerkt, dass mit Ausnahme Großbritanniens und Irlands (sie durften sich dagegen entscheiden) alle übrigen 26 EU-Nationen die Mitgliedschaft im Schengen-Raum akzeptiert haben. Im Rahmen dieses Abkommens mussten sie alle Passkontrollen oder sonstige Kontrollen an den gemeinsamen Innengrenzen des EU-Gebietes abschaffen.

Sobald die Immigranten EU-Gebiet durch die relativ durchlässigen Grenzen betreten haben, können sie sich frei, wie jeder EU-Bürger, in alle anderen Mitgliedsländer bewegen - mit Ausnahme Großbritanniens und Irlands. Selbstverständlich streben sie in jene relativ reichen Länder. Das belastet die Verfügbarkeit von Wohnraum, Gesundheitswesen, Bildung, Sozialversicherung und Arbeitsstellen deutlich zu Kosten und zum Nachteil der ansässigen Lokalbevölkerung.

Laut Angaben von Eurostat hatte Deutschland schon im Jahr 2009 7,2 Millionen Bürger ausländischer Herkunft. Berichten des Wall Street Journal zufolge haben sich die deutschen Migrationsprognosen für 2015 nahezu verdoppelt - von 450.000 auf 800.000 Menschen (19.08.15) - oder fast ein Prozent der Bevölkerung. Das sind sehr ernste Zahlen.

Wie BloombergBusiness zudem am 24. August berichtete, sei kürzlich eine deutsche Stadt von dreitägigen

Ausschreitungen gegen Immigranten erschüttert worden. Unter diesem Druck sprach sich die deutsche Kanzlerin Merkel, die mächtigste Politikerin Europas, für eine gleichmäßigere Verteilung der Immigrantenströme auf die EU-Mitgliedsländer aus. Einigen britischen Ministern wird dies schweres Unbehagen bereiten.

Die britischen Bürger hatten ihre Regierungen davon abgehalten, die europäische Gemeinschaftswährung zu akzeptieren. Nichtsdestotrotz wurde Großbritannien, aufgrund der unklugen EU-Mitgliedschaft des Landes, zum großen Teil mit den Kosten der Rettungspakte für Griechenland und die Eurozone belastet.

Jetzt scheint Merkel zu versuchen, die "Lasten" der Massenmigration zu "teilen"; sie möchte Großbritannien dazu bringen, hunderttausende neue Migranten unter den Schengen-Bestimmungen aufzunehmen - obgleich Großbritannien wie gesagt nicht einmal Mitglied des Schengen-Raums ist. Und der britische Premierminister hat gerade genau das gemacht, als er "tausenden" Flüchtlingen Asyl anbot.

Auch schon vor der aktuellen Krise hatte Großbritannien enorme Mengen von Migranten aus den neuen Mitgliedsländern im Osten der EU, wie bspw. Polen, aufgenommen. Allein in den letzten drei Jahren hatte der britische Staat, einem im August erschienenen Quartalsbericht der Migration Statistics zufolge, fast doppelt so viele Migranten aufgenommen - von geschätzten 177.000 nach Stand von März 2012 (März = Ende der 12-monatigen Periode) auf 330.000 für nach Stand von März 2015.

In Großbritannien ist Immigration ein hochemotionales Thema, dahingehend dass Großbritannien zuerst starke Migrationsströme aus den ehemaligen Kolonialgebieten aufnehmen musste, anschließend aus den EU-Gebieten und jetzt aus dem Nahen Osten.

Mit Sicherheit wird die dritte britische Partei, die euroskeptische UK Independence Party (UKIP), das Thema 'exzessive Immigration' sehr effektiv im EU-Referendum 2016 in Großbritannien nutzen. Schon jetzt meint der charismatische UKIP-Parteichef, Nigel Farage, dass Großbritannien nur durch den Austritt aus der EU eine vernünftige Migrationskontrolle nach australischem Vorbild haben könnte.

Das australische Modell, das auch von internationalen Organisationen als fair eingestuft wird, ist politisch akzeptabel und könnte eine wichtige Rolle beim anstehenden EU-Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU spielen.

Die Kosten der derzeitigen Massenmigration in die EU werden die nationale Finanzsituation sowie soziale und religiöse Differenzen verschärfen. Schon jetzt ist sich das britische Volk der potentiellen Probleme überaus bewusst.

Falls sich Großbritannien in Folge der aktuellen Krise für einen Ausstieg aus der EU entscheiden würde, so könnte das verheerende Effekte für die globalen Märkte und Devisenmärkte haben. Dies könnte zudem eine ernsthafte Bedrohung für den Zusammenhalt der EU und ihrer Währung - die derzeit zweitgrößte der Welt - werden.

Damit ist die Europäische Union eindeutig mit einer Krise konfrontiert, die vielleicht noch schwerwiegender ist als ihre Schuldenkrise, allerdings auch weitaus greifbarer und letztlich, so glaube ich, auch lösbarer.

Doch auch diese Krise wird die politische Lähmung und die Unfähigkeit der EU-Führung deutlich aufscheinen lassen. Sollte diese Krise ungelöst bleiben, wird sie, so denke ich, den Niedergang des gesamten europäischen Experiments beschleunigen.

© John Browne
Senior Market Strategist

Der Artikel wurde am 09.09.2015 auf www.news.goldseek.com veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

Für eine tiefgreifende Analyse dieser und anderer Themen abonnieren Sie Peter Schiffs kostenlosen Newsletter The Global Investor. Für weitere Informationen klicken Sie [hier](#).

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](https://www.goldseiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/258592--Immigration--Politisches-und-wirtschaftliches-Problemfeld.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).